

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/35

20. Februar 1976

Der Unfall des Kanzlerkandidaten Kohl

Polen-Debatte offenbarte seine Kapitulation vor Strauß

Seite 1 / 42 Zeilen

Unabhängige Europäische Programmgruppe mit Frankreich

Schrittweise Anpassung der Struktur und Kapazität der europäischen Rüstungsindustrie

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und stellv. Vorsitzender der Deutschen Delegation bei der WEU

Seite 2 / 29 Zeilen

Die Löwenthale mißbrauchen des Fernsehen

Feststellungen zu einem Dauerproblem der Bundesrepublik

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3, und 4 / 90 Zeilen

Bestechung als Qualitätsfrage ?

Ein merkwürdiger Lockheed-Kommentar des Saarfunks

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und der Medien-Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion

Seite 5 / 25 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 130 400
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 28 07 - 34
Telex: 09 86 845 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 97 66 11

Der Unfall des Kanzlerkandidaten Kohl

Polen-Debatte offenbarte seine Kapitulation vor Strauß

Neue Argumente zur Sache konnte billigerweise niemand von der Marathon-Debatte des Bundestages über die Abkommen mit Polen erwarten. In der nun schon monatelang währenden öffentlichen Auseinandersetzung blieb wohl kaum ein darstellbarer Aspekt des Themas unbehandelt. Dennoch erschloß das große Pro und Contra im Bonner Parlament dem Wähler Einblicke in die Szenerie der Akteure, die von wesentlichem Belang für sein Verständnis vom politischen Geschehen sind. Wir sprechen von dem Schleglicht, das auf die wirklichen Machtverhältnisse in der Union fiel: Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl befindet sich völlig in der Gewalt des CDU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

Einen anderen Schluß lassen die von Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgezeigten Tatsachen nicht zu. Am 18. September letzten Jahres, also etwa drei Wochen vor der Reise des Bundesaußenministers nach Warschau, versicherte Kohl dem Kanzler und dem Außenminister, daß die Regierung von der Annahme des Abkommens durch den Bundesrat ausgehen könne. Immerhin hatte sich ja auch die außenpolitische Kommission beim Vorstand der CDU für die Verträge ausgesprochen, und nicht zuletzt war es die saarländische CDU-Regierung mit ihrer besonderen Lage zu sehen.

Im Oktober forderte jedoch Strauß die Abgeordneten und Ministerpräsidenten der Union zu "geschlossener" Ablehnung auf - und Kohl fiel um! Kohl, der sich im Gespräch mit Kanzler und Außenminister ausdrücklich als kompetent erklärt hatte, für die gesamte Union in Sachen Polen-Abkommen sprechen zu können und so auch die Zustimmung einer Mehrheit des Bundesrates zu den Vereinbarungen zugesagt hatte, war vor Strauß und seinen Scharfmachern in die Knie gegangen.

Es ist bezeichnend, daß Dr. Kohl zu diesem Sachverhalt nichts außer Ausflüchten, Abschwächungsversuchen und dem seltsamen Einwand vorzutragen hatte, es sei unschicklich von einem solchen Gespräch öffentlich Gebrauch zu machen. Diese Antwort disqualifiziert indessen nicht Kohls Gesprächspartner in ihrem menschlichen Anstand, wohl aber den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten in seinem Verständnis von parlamentarischer und vor allem demokratischer Politik. Wenn das Plenum des Bundestages die Stätte politischer Wahrheit ist, dann ist es unbedingt der Ort, an dem alle Fakten zur Sprache kommen müssen, die zur Wahrheitsfindung in politischen Angelegenheiten beitragen.

Dr. Kohl weiß, wie schädlich - außenpolitisch, innenpolitisch und verfassungspolitisch - sich die Torpedierung der Abkommen durch den Bundesrat auswirken müßte. Dennoch bogte er sich der Straußschen Strategie der Totalkonfrontation; zusätzlich aus der Fassung gebracht durch die mit den Ereignissen in Niedersachsen eingetretene neue Konstellation. Der Kanzlerkandidat der Union ist als politische Persönlichkeit verbraucht, bevor der Wahlkampf überhaupt begonnen hat.

Claes Preller
(-/20.2.1976/wi/e/pr)

Unabhängige Europäische Programmgruppe mit Frankreich

Schrittweise Anpassung der Struktur und Kapazität der europäischen Rüstungsindustrie

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
und stellv. Vorsitzender der Deutschen Delegation bei der WEU.

"In der Erkenntnis der Notwendigkeit, das Bündnis insgesamt zu festigen und ihre konventionellen Streitkräfte in einem angemessenen Umfang aufrechtzuerhalten", so bekundete Bundesverteidigungsminister Georg Leber in der Generaldebatte des Verteidigungsausschusses zum Haushalt 1976, "haben die Delegation der europäischen Nato-Partner mit Frankreich Anfang Februar in Rom eine unabhängige Programmgruppe gegründet, mit deren Hilfe die Rüstungszusammenarbeit in Europa verstärkt werden soll". Der Erfolg dieser Konferenz muß sehr hoch angesetzt werden, denn ohne Zweifel ist es erstmalig gelungen, Frankreich für eine europäische Rüstungszusammenarbeit zu gewinnen und mit Frankreich auch Grundsätze der Kooperation festzulegen. Mit Recht wies der Verteidigungsminister im Ausschuß auf die sorgfältigen Abstimmungen der elf beteiligten europäischen NATO-Partner hin, die das erstrebte Ergebnis in Rom dann in eintägiger Sitzung erreichen konnten.

Vor allem in den Plenardebatten der WEU waren die Fragen der Rüstungszusammenarbeit im Bündnis und des transatlantischen Dialogs immer intensiver diskutiert worden. Es waren nicht nur die Vertreter der deutschen Delegation, die eine "Programmgruppe" im Bereich der WEU ablehnten, da der revidierte Vertrag von Brüssel die Bundesrepublik diskriminierende Passagen enthält. Das jetzt vorliegende Ergebnis der unabhängigen europäischen Programmgruppe sichert das Ziel, einen wirksamen Einsatz der finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung und Beschaffung zu ermöglichen und die Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung zu erhöhen.

Die Europäische Programmgruppe soll in Organisation und Arbeitsweise zunächst flexibel, pragmatisch und ohne feste Struktur sein. In Zukunft wird es gelingen, gemeinsame Projekte zu vereinbaren, entbehrliche Parallelentwicklungen zu eliminieren und eine schrittweise Anpassung der Struktur und Kapazität der europäischen Industrie an die Erfordernisse zu ermöglichen. Ein Programm wird bald vorliegen, da die Partnerstaaten vereinbaren, ihre Vorschläge innerhalb von sechs Wochen mitzuteilen.

(-/20.2.1976/wi/pr)

+ + +

Die Löwenthals mißbrauchen das Fernsehen

Feststellungen zu einem Dauerproblem der Bundesrepublik

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Sie führen sich auf dem Bildschirmen als Anwälte der Objektivität und der wahren Interessen unseres Staates und seiner Bürger auf. Sie tun, als hätten sie den kritischen Journalismus erst richtig erfunden und das Recht gepachtet die politische Fernseh-Schule der Nation zu sein. Zweifel an diesem Anspruch und den ihn begleitenden Praktiken werden in der Pose der beleidigten journalistischen Unschuld und der Grahshüter der Pressefreiheit gerügt und zurückgewiesen.

Die Rede ist von Moderatoren, Redakteuren und Reportern der Sendereihe "ZDF-Magazin", in der seit Jahren das Gute und das Böse in der Politik streng sortiert und personalisiert wird. Wenn dieses "Fernseh-Gericht" tagt, tickt 45 Minuten lang der Count-Down für "Enthüllung" von freiheits- und ordnungsgefährdenden Umtrieben und die "Entlarvung" von sozialistischen Wölfen im Schafpelz oder roten Ratten, die als Demonstranten an der Infrastruktur der inneren Sicherheit nagen.

Am letzten Mittwochabend hatten Gerhard Löwenthals Männer - der Meister selbst gab einen Front-Bericht aus China - gleich dreimal Anlaß, sich über Mißgunst und Vorbehalte gegenüber ihrer innenpolitischen Volksaufklärung zu beklagen: Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a.D. Dr. Walter Bargatzky, hatte massiven Pressionsversuchen von Löwenthal (das DRK hätte "kalte Füße" bekommen und fürchte sich offenbar davor, derjenigen Politikern entgegenzutreten, die die wahre Dimension der Familienzusammenführung herunterspielen wollten) widerstanden und dem "ZDF-Magazin" die Dreherlaubnis beim DRK-Suchdienst in Hamburg verweigert. Dort sollten Unterlagen über Ausreisearträge von Deutschen in Polen gefilmt werden. Das DRK-Präsidium merkte die Absicht und blieb trotz Löwenthals Drohungen hart. Diese Haltung erklärt sich zweifellos mit aus dem verantwortungslosen Gebrauch, der im "ZDF-Magazin" in den letzten Monaten von Namen und Adressen von DDR-Bewohnern gemacht wurde ist, die sich im Mut der Verzweiflung in Briefen an diese Redaktion gewandt hatten. Sie waren dort mit ihren Hilferufen jedoch nicht auf kühle Köpfe, sondern auf Sensationsmacher und skrupellose Bedürfnisse der Selbsterbestätigung gestoßen. Die Rechtfertigungsversuche für die durchaus voraussehbaren bösen Folgen die jetzt an unsere Öffentlichkeit gedrungen sind, waren dünn, kläglich und sogar dummlich.

Der dritte schwache und ebenso aufschlußreiche Punkt war die Verbreitung der Version von einem SPD-Boykott gegenüber Interviewwünschen für das "ZDF-Magazin". Tatsache ist, daß sich kein Regierungsmitglied oder Bundestagsexperte der SPD für ein Interview über Renten und Rentenversicherung in unserem Lande zur Verfügung gestellt hatte. Angesichts der wiederholten Erfahrungen von sozialdemokratischen Politikern mit der manipulativen Arbeitsweise beim "ZDF-Magazin" ist dies eine legitime Reaktion, über die sich niemand wundern, geschweige denn empören oder beschweren kann.

Mißbrauch erzeugt Mißtrauen. Dies gilt im besonderen Maße für Beziehung und Zusammenarbeit zwischen Politikern und Publizisten. Pressefreiheit ist keine Einbahnstraße. Sie schließt selbstverständlich das Recht des Politikers mit ein, Interviews nur solchen Organen und Journalisten zu geben, von denen er das Bemühen um Objektivität und Fairness erwarten kann. Gegen eine Inan-

spruchnahme zu Alibizwecken, nämlich zur optischen und psychologischen Untermauerung der Glaubwürdigkeit einer seine Partei und Politik aus Prinzip bekämpfenden und bewußt ins Ziellicht rückenden Organe darf und muß er sich verwahren und absichern.

Dies gilt vor allem für ein Institut wie das "ZDF-Magazin", das unter Leitung von Gerhard Löwenthal schon 1969 die Wahlkampfstrategie der CDU/CSU in sorgsam durchdachte und geplante Drehbücher umgesetzt, das gescheiterte Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt mit propagandistischer Zielstrebigkeit vorbereitet und den vorgezogenen Wahlkampf 1972 in grandioser Einseitigkeit emotionalisiert hat. Es gibt nicht den geringsten Zweifel daran - die Sendung in dieser Woche war ein weiteres schlüssiges Indiz -, daß sich Löwenthal und die von ihm befehligte Redaktion auch und erst recht im Bundestagswahljahr 1976 mit Vehemenz und Hemmunglosigkeit in den Dienst der Wahlkampfführung von CDU/CSU und insbesondere ihres rechten Flügels stellen wird.

Dabei sind die Arbeitshypothesen und Schnittmuster klar. Sie zeichnen sich in ihrer Umsetzung durch Löwenthal und Co. bereits in den Konturen ab: Einerseits die Diffamierung der Entspannungs- und der Verständigungspolitik unter ständiger Wiederholung von Volksfront-Verdächtigungen gegenüber den Sozialdemokraten sowie nach dem Motto "Der Krenl bittet zur Kasse" bei gleichzeitiger Erzeugung neuer Ansetzgefühle vor dem Kommunismus nach dem Vorbild der 50iger Jahre. Andererseits die skrupallose Verunsicherung von Arbeitnehmern und Rentnern. Hier treffen sich die sonst divergierenden Rezepte, die der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß und CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf für die Wiedererlangung der Macht in Bonn ausgekocht haben: Die CSU-Krisenstrategie à la Sonthofen und Biedenkopfs Prämisse für den ausschlaggebenden Stimmengewinn der CDU an Rhein und Ruhr, der nach Auffassung des Generalsekretärs nur dadurch zu erreichen ist, wenn es gelingt, das von der sozial-liberalen Koalitioneng und zuverlässig geknüpft Netz der sozialen Sicherung für unsere Bürger unglaubwürdig zu machen und in seiner dauerhaften Wirksamkeit in Frage zu stellen. Diese beiden Grundelemente haben die letzte Sendung des "ZDF-Magazins" eindeutig geprägt und werden mit Sicherheit das Leitmotiv für weitere Folgen der Sendereihe bleiben.

Das liefert für uns Sozialdemokraten weder Grund zur Nervosität noch zu aufgeregten Reaktionen, die der politisch deformierte SPD-Misser Löwenthal seit Jahren schmerzlich vermißt und zurücksehnt. Er möchte Missioner und Märtyrer sein. Dabei pendelt er zwischen Größen- und Verfolgungswahn. In Wirklichkeit ist er nur eine tragikomische Figur in unserer Medienlandschaft, die in ihrem blinden Eifer und unkontrollierten Kampfsjournalismus letztlich jenen schadet, denen er mit allen Mitteln nutzen möchte. Für Parteien und Politiker die ihre Arbeit und Argumente an die mündigen Staatsbürger adressieren und deren sachliches Urteil suchen, ist Löwenthal samt seiner Sendereihe längst eine Quantité négligeable. Für das ZDF und seine Reputation ist er hingegen ein Dauerproblem, das den Organen der Öffentlich-rechtlichen Länderanstalt niemand abnimmt.

(-/20.2.1976/wi/pr)

+ + +

Bestechung als Qualitätsfrage ?

Ein merkwürdiger Lockheed-Kommentar des Saarfunks

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und der
Medien-Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion

In einem Kommentar des Saarländischen Rundfunks von Mitte Februar wurde endlich der richtige Ton in der Lockheed-Affäre getroffen. War Korruption im Spiel? Der Saarbrücker Sender, der unter CDU-Leitung steht, lieferte dazu die "kernige" Stellungnahme:

"Sicher war Bestechung im Spiel, aber sie galt dem besten Produkt. Wenn ein Höchstmaß an Sicherheit produziert worden ist, dann kann es zwar nicht gleichgültig sein, daß Schmiergelder dabei waren, aber die Öffentlichkeit sollte sich nicht den wallenden Mantel des absoluten Tugendrichters umwerfen. An Staats- und Regierungskrisen um der Aufrechterhaltung privater Moralbegriffe willen kann niemandem gelegen sein. Anders sähe die Sache aus, wenn das schlechtere Produkt mit Geld an den Mann gebracht worden wäre ...".

Das liest sich fast wie eine dukiose und unerbetene Entschuldigung für den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der seinerzeit als Bundesverteidigungsminister die umstrittenen Starfighter-Flugzeuge von Lockheed angeschafft hat, von denen bisher 178 abgestürzt sind. Es lohnt sich also schon, seine Ansicht zu einem derartigen Rundfunkkommentar zu erfahren. Am Ende ist es wirklich so einfach. Vielleicht ist Bestechung eben nur eine Sache der Qualität? Womöglich haben Tugendrichter und private Moralbegriffe im staatlichen Beschaffungsbereich nichts zu suchen? Der Saarländische Rundfunk und sein Kommentator machen diese Auffassung endlich möglich. Und Intendant Mei, der sonst mit starker Hand auch die letzte redaktionelle Kleinigkeit in seinem Sender zu regeln pflegt, schien es hier nicht zu pingelig genommen zu haben. Schließlich hat er lange genug als Kanzlerreferent im Vorzimmer Konrad Adenauers gearbeitet.

(~/20.2.1976/wi/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller